

Stand: 27.03.2020 15:09:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/6571

"Pakt für Freiheit" richtig umsetzen - Europäische Union als Hauptproblem der Überbürokratisierung identifizieren"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 18/6571 vom 19.02.2020
2. Beschluss des Plenums 18/6623 vom 19.02.2020



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl, Martin Böhm** und **Fraktion (AfD)**

„Pakt für Freiheit“ richtig umsetzen – Europäische Union als Hauptproblem der Überbürokratisierung identifizieren

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt den „Pakt für Freiheit“, der insbesondere die Absicht vermittelt für kleine Unternehmen die Bürokratielast zu verringern. Ferner stellt der Landtag fest, dass einer der größten Verursacher bürokratischer Hemmnisse für die bayerische Wirtschaft die Europäische Union darstellt und dies im „Pakt für Freiheit“ noch nachträglich ergänzt werden muss. Überdies ist festzuhalten, dass der Ansatz eines notwendigen Bürokratieabbaus in keiner Weise arbeitnehmerfeindlich ist.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Europäische Union von ihrem Kurs der zentralistischen Überregulierung abzubringen.

Begründung:

Der „Pakt für Freiheit“ ist eine begrüßenswerte Initiative mit dem Grundgedanken, dass überbordende Bürokratie abgebaut werden soll. Insbesondere im ersten Absatz des Paktes ist die Ausgangslage korrekt dargestellt, in welcher gerade kleine Unternehmen ohne größere Unternehmensstrukturen unter immer komplexer werdenden Anforderungen durch Gesetze und Verordnungen finanziell sowie durch zusätzliche Belastungen unter Druck gesetzt werden. Der Fokus auf das Kerngeschäft wird für die kleinen Unternehmen im Kampf gegen den Bürokratiedschungel unnötig stark erschwert.

Selbstverständlich ist auch die Sicherung der Belange von Arbeitnehmern von hoher Priorität. Das Ausmaß des Schutzes sollte allerdings von den Demokratien innerhalb Europas selbst entschieden werden und nicht zentralistisch von höheren Instanzen diktiert werden. Zudem darf Arbeitnehmerschutz nicht ins Gegenteil verkehrt werden, indem die bürokratischen Hürden dazu führen, dass sich die Unternehmen von Bayern abwenden und damit auch die den Wohlstand schaffenden Arbeitsplätze für Arbeitnehmer wegfallen. Arbeitnehmerschutz und unternehmerische Freiheit müssen in einem gesunden Verhältnis zueinander stehen.

Eines der größten Hemmnisse für die wirtschaftliche Entwicklung, für unternehmerische Freiheit und für den Wohlstand von Arbeitnehmern ist die Bürokratisierungswut der Europäischen Union. Dies muss noch im „Pakt für Freiheit“ ergänzt werden, wenn dieser nicht nur wohlwollende Absichten und Erklärungen enthalten soll, sondern auch die größten Ursachen benennen und wirksame Änderungen bringen soll.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl, Martin Böhm** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/6571

„Pakt für Freiheit“ richtig umsetzen – Europäische Union als Hauptproblem der Überbürokratisierung identifizieren

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident